

1. Was wird Ihre Partei dazu beitragen und welche Maßnahmen hinsichtlich Personal, Finanzen und Verwaltungsstruktur sieht Ihre Partei als geeignet an, um die Verwaltung zur planmäßigen Umsetzung des Ratsbeschlusses vom Juli 2020 zu befähigen?

Die SPD setzt sich aktiv dafür ein, dass die Verwaltung eine geeignete Struktur (z. B. Arbeitsgruppe oder Abteilung o. ä.) für die Umsetzung der Radverkehrsplanung aufbaut und mit den erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen ausstattet, um die termingerechte Umsetzung der Ziele des Maßnahmenkatalogs „Braunschweigs Weg zu einem besseren Radverkehr“ sicherzustellen.

2. Wie stehen Sie / Ihre Partei zu dem Entwurf eines Veloroutennetzes, unterstützen sie ihn?

3. Wenn ja, in welcher Form werden Sie eine möglichst schnelle Umsetzung dieses Planes unterstützen?

Zu 2. und 3.:

In dem im Jahr 2020 beschlossenen Ziele- und Maßnahmenkatalog lautet die Maßnahme 3:

„Im Rahmen des Mobilitätsentwicklungsplans (MEP) für Braunschweig ist eine Gesamtplanung eines Radverkehrsnetzes vorzustellen, das zum einen alle Stadtteile miteinander vernetzt und zum anderen ein hochwertiges radiales Veloroutennetz beinhaltet, das die Stadtteile möglichst direkt an die Innenstadt anbindet.“

Das von Braunschweiger Rad- und Mobilitätsverbänden vorgestellte Konzept für ein Veloroutennetz umfasst über die radialen Velorouten hinaus noch ringförmige sog. Veloringe. Diese Veloringe sind eine interessante Ergänzung, aber zurzeit nicht durch den Ratsauftrag im Ziele- und Maßnahmenkatalog an die Verwaltung abgedeckt.

Die SPD betrachtet den vorgelegten Entwurf der Rad- und Mobilitätsverbände für das Veloroutennetz als gute Grundlage für die weitere Arbeit der Verwaltung. Die Verwaltung hat nun die Aufgabe, aus den vorliegenden Vorschlägen und auf der Grundlage eigener Erkenntnisse ein Velorouten- und Radwegenetz für die Stadt Braunschweig zu entwickeln, das zusammen mit dem MEP eine solide Basis für die Weiterentwicklung des Radverkehrs in Braunschweig bildet.

4. Wo können Sie sich eine schnelle Umsetzung von „Geschützten Radfahrstreifen“ (Radverkehrsanlagen auf Fahrbahnniveau) unter Umwidmung von Flächen vorstellen?

Sichere und attraktive Radwege sind das Ziel, das die SPD mit dem von ihr initiierten Antrag für einen besseren Radverkehr in Braunschweig verfolgt. Jedoch müssen bei den umsetzbaren Maßnahmen die Interessen aller am Verkehr Beteiligten berücksichtigt werden. Die sogenannten „Protected Bike Lanes“ (geschützte Radfahrstreifen) sind dabei nur ein Beispiel dafür, wie ein sicherer und attraktiver Fahrradverkehr organisiert werden kann.

Es bedarf daher einer eingehenden Analyse, in welchen Bereichen oder Straßen verkehrlich solch eine Umgestaltung erfolversprechend und so umsetzbar ist, dass sowohl die Ansprüche des Radverkehrs als auch die von ÖPNV, Fußverkehr, Straßenverkehr, Lieferverkehr etc. hinreichend berücksichtigt sind.

Wo geschützte Radfahrstreifen eingesetzt werden, entfallen nicht nur Fahrstreifen für den Kraftverkehr, sondern ggf. auch bisher vorhandene Radwege, die durch Bordsteine vom Kraftverkehr abgegrenzt sind.

Wir halten grundsätzlich auf allen mehrspurigen Straßen in Braunschweig die Einrichtung von geschützten Radwegen für denkbar. Geeignete Bereiche für ein Pilotprojekt könnten aus unserer Sicht sein: Bohlweg, Hamburger Straße, Heinrich-Büssing-Ring, Kurt-Schumacher-Straße, Berliner Platz

5. Welche weiteren Maßnahmen schlagen Sie vor, um Radfahrende und zu Fuß Gehende, besonders Kinder, Schüler*innen und Senior*innen im Verkehr und insbesondere an Kreuzungen wirksam zu schützen?

Wir setzen uns für eine „Vision Zero“ im Straßenverkehr ein, d. h., wir wollen dazu beitragen, dass es keine Unfalltoten mehr im Straßenverkehr in Braunschweig gibt.

Welche Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles in Braunschweig von der Kommunalpolitik umgesetzt werden müssen, muss von Fachleuten im Detail untersucht werden.

Wir unterstützen dabei die Arbeit der Unfallkommission, die zahlreiche Unfälle im Straßenraum von Braunschweig untersucht und auch feststellt, ob verkehrliche Mängel zum Unfallgeschehen beigetragen haben. Sollten verkehrliche Mängel Unfallursache sein, so wollen wir erreichen, dass die Stadt diese möglichst zügig abstellt oder bei größeren Maßnahmen entsprechende Vorschläge in die zuständigen Gremien einbringt.

Wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit für den Radverkehr sind aus unserer Sicht: Trennung der Verkehre, versetzte Ampelschaltungen, Reduzierung von Geschwindigkeiten und mehr.

6. Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, einen Schulradwegeplan für die Schulen des Sekundarbereichs zu erstellen?

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt hat bereits im Jahr 2019 im Schulausschuss einen Antrag eingebracht, in dem die Erarbeitung eines Schulradwegeplans für ganz Braunschweig angeregt wird.

Die SPD möchte erreichen, dass im Schulradwegeplan rund um die jeweilige Schule ein möglichst großer Bereich dargestellt wird. Zusätzlich kann z. B. auf der Rückseite des gedruckten Planes das Braunschweiger Stadtgebiet mit den wichtigsten Radwegeverbindungen gezeigt werden.

Die einzelnen Schulradwegepläne sind dabei Teil des gesamten Radwegenetzes der Stadt. Die Arbeit an diesen Plänen kann durch Synergieeffekte zu weiteren Verbesserungen im Radverkehr beitragen.

Die Stadtverwaltung will im Laufe des Jahres einen Entwurf vorstellen.

7. Sichere Schulwege und damit Verlagerung von Schülerverkehr auf das Fahrrad könnten u. a. durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Fahrradparkplätze auch für Lastenräder sollten an allen Kitas und Schulen in ausreichendem Maße, möglichst in einer sehr nahe am Gebäude befindlichen besonderen Zone vorhanden sein oder, wenn noch nicht vorhanden, geschaffen werden. Wenn erforderlich, kann das auch zu Lasten von Auto-Parkplätzen geschehen.

Welche Maßnahmen eingeführt werden sollten, um gefährliche Bring- und Abholverkehre durch Eltern zu vermeiden, muss mit der jeweiligen Einrichtung erörtert werden. Zuständig sind die jeweiligen Stadtbezirksräte.

Wir würden gern an die Vernunft der Erwachsenen appellieren und sie zum Umstieg auf das Fahrrad oder zum Zufußgehen bewegen. Im Übrigen tun das bereits immer mehr Eltern, was wir an einigen Kita-Standorten mit großer Freude beobachten.

8. Wie kann Ihrer Meinung nach der Bedarf an verschiedenartigen Abstellanlagen überall im Stadtgebiet besser gedeckt werden?

Die SPD hat bereits in dem von ihr initiierten Antrag für einen besseren Radverkehr in Braunschweig gefordert, bedarfsgerechte und sichere Radabstellanlagen einzurichten. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, dieses Ansinnen sachgerecht umzusetzen.

An zahlreichen Haltestellen des ÖPNV wurden bereits Verbesserungen erreicht. Bei Haltestellensanierungen werden standardmäßig drei bis fünf Radabstellmöglichkeiten aufgestellt.

Für die Innenstadt muss nach unserer Auffassung eine Planung entwickelt werden, aus der Bedarfe und Umsetzungsschritte hervorgehen.

Dabei sollen auch die Bedarfe von Abstellmöglichkeiten für Lastenräder berücksichtigt werden.

Das Beispiel aus Hamburg, wo die Stadt auf Antrag von Bürgern Fahrradhäuschen aufstellt, deren Stellplätze dann angemietet werden können, ist ein interessantes Beispiel, wie im öffentlichen Raum insbesondere die Versorgung mit wettergeschützten Abstellplätzen verbessert werden kann. In Stadtteilen mit einer hohen Wohnungsdichte können wir uns vorstellen, dass ein hoher Bedarf besteht.

9. Wäre Ihrer Ansicht nach ein eigener Etat für den Radverkehr sinnvoll, bspw. um die Festlegungen des Ratsbeschlusses umzusetzen oder Projekte für spontan erkannten Bedarf zu ermöglichen?

10. Welche Ausgaben für den Radverkehr wären nach Meinung Ihrer Partei angemessen?

Zu 9. und 10.:

Grundsätzlich könnte sich die SPD zwar einen eigenen Etat für den Radverkehr vorstellen. Aber seit der Umstellung des kommunalen Haushaltsrechts in Niedersachsen auf die Doppik endet die Darstellung der Haushaltsansätze für die Politik auf Ebene der Produkte, die sich nach einem vom Land vorgegebenen Produktrahmen richten. Das ist mit einem eigenen Radverkehrs-Etat nicht kompatibel. Gleichwohl könnte man mit einem gewissen Aufwand ermitteln lassen, wie hoch die jährlichen Aufwendungen für den Radverkehr pro Einwohner sind, um eine Orientierung und einen Vergleich mit anderen Kommunen zu ermöglichen.

Um die von den Mobilitätsverbänden und der SPD geforderten Verbesserungen beim Radverkehr zu erreichen, braucht es Dreierlei. Erstens muss ein entsprechender Ratsbeschluss, also ein entsprechender Auftrag an die Stadtverwaltung, vorliegen. Das ist der Fall. Zweitens müssen dem zuständigen Fachbereich ausreichend Mittel im Haushalt zur

Antworten der SPD zu den Wahlprüfsteinen der Rad- und Mobilitätsverbände

Verfügung stehen. Das ist nach unserer Wahrnehmung zurzeit auch der Fall; in den letzten Jahren wurden die Mittel nicht voll ausgeschöpft, sondern eher Haushaltsreste aufgebaut, was mit dem dritten Punkt zusammenhängt. Denn drittens muss genug Personal zur Verfügung stehen, um die Ratsaufträge abzuarbeiten. Das ist zurzeit noch nicht der Fall. Mit dem Ratsbeschluss vom März 2021 zum Haushalt wurden vier zusätzliche Stellen für Radverkehrsplaner geschaffen, die nun so zeitnah wie möglich besetzt werden. Die SPD steht dafür und setzt sich kontinuierlich dafür ein, dass die genannten Voraussetzungen für Verbesserungen im Radverkehr geschaffen werden.